

Widerstand gegen den Ausbau der A5 wächst

FRANKFURTER WESTEN Erste Bürgerinitiativen gegründet – Ortsbeirat will Lärm- und Abgas-Messung

Was kommt auf die Menschen in den autobahnnahen Siedlungen in Sossenheim, Nied, Griesheim oder Goldstein zu, wenn die A5 auf zehn Spuren verbreitert wird? Das wollen die Anwohner wissen, und sie werden dabei vom Ortsbeirat 6 (Frankfurter Westen) unterstützt. Denn die Sorgen sind groß in den Siedlungen entlang der Hauptverkehrsachse – es haben sich bereits Bürgerinitiativen gebildet.

Der Ortsbeirat will aber nicht nur mehr Informationen, sondern auch Lärmmessungen und Tempolimits. Das Thema wird, die Prognose fällt nicht schwer, wohl über Jahre ein Dauerbrenner im Stadtteilparlament für den Frankfurter Westen, das ohnehin viel über das Thema Verkehrsbelastung zu bereden hat.

Immerhin, einige Informationen zu dem Projekt lassen sich dem Bundesverkehrswegeplan entnehmen. Auf dem sechs Kilometer langen Abschnitt vom Westkreuz Frankfurt bis zum Frankfurter Kreuz soll die Autobahn von acht auf zehn Fahrspuren erweitert werden. Dadurch sollen Staus auf dieser Strecke

seltener werden. Die Kosten wurden im Jahre 2014 auf 100 Millionen Euro kalkuliert. Damals hieß es, es müsse noch bis zu 13 Jahre geplant werden – demnach dauert es noch mindestens fünf Jahre, bis gebaut werden kann. Die Bauzeit wird auf fünf Jahre veranschlagt.

Die Menschen nicht vertreiben

Den Anwohnern reichen diese Informationen freilich bei weitem nicht aus. Natürlich interessiert sie, wie die Pläne konkret aussehen. Es stehen Wohnhäuser dicht bei der Autobahn, etwa im Neufeld östlich des Niedwalds, im Lindenhag in Griesheim oder an der Morgenzeile in Goldstein. Ob es zu Enteignungen kommen werde, diese Frage wurde in der Bürgerfragestunde vor Beginn der eigentlichen Ortsbeiratssitzung aufgeworfen. In manchen Häusern wohnten Menschen seit Jahrzehnten – diese dürften dort nicht vertrieben werden, hieß es.

Massiven Widerstand werde es geben, mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten, kündig-

ten Bürger in der Fragestunde an. Schnell müsse eine Bürgerversammlung her, außerdem ein Tempolimit, lärmschluckender Asphalt und mehr Lärmschutz – und ein Verzicht auf die Verbreiterung der Autobahn. Man habe mehrfach Informationen von der Autobahngesellschaft des Bundes zu dem Vorhaben erbeten, aber keine Antwort bekommen, berichtete eine Vertreterin der Siedlergemeinschaft Griesheim Neufeld.

Beschlossen wurde daher einstimmig der Antrag der SPD-Fraktion im Ortsbeirat, dass Vertreter der Autobahn GmbH in den Ortsbeirat eingeladen werden sollen, damit diese dort über das Projekt informieren. Vor allem soll über die Auswirkungen auf die Stadtteile Griesheim und Goldstein berichtet werden. Der Ortsbeirat erwarte auch zu erfahren, heißt es in der Begründung des Antrages, wie die Bewohner dieser Stadtteile vor steigendem Verkehrslärm geschützt werden könnten.

Ebenfalls einstimmig und ohne jede Diskussion wurde auf Antrag der SPD beschlossen, dass der Magistrat in der Siedlung Lindenhag

eine Messung von Lärm und Schadstoffbelastung der Luft vornehmen lassen soll. „Bei einem Ortstermin konnte man sich kaum unterhalten“, schildert die SPD in der Begründung ihre Erfahrungen dort. „Die Geräuschkulisse geht den ganzen Tag.“ Ausdrücklich sollen diese Messungen auch mit Blick auf den geplanten Ausbau vorgenommen werden.

Tempo 60 muss nachts reichen

Ob eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit eine angemessene Reaktion auf die Lärmbelastung ist? In dieser Frage war sich der Ortsbeirat nicht einig. Beschlossen wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken, dass der Magistrat sich für ein Tempolimit von 60 Kilometern pro Stunde in der Nacht und 80 Kilometern pro Stunde tagsüber einsetzen soll. Dabei ist klar: Festlegen kann die Stadt diese Höchstgeschwindigkeiten nicht: Das ist alleinig Sache des Bundes als Betreiber der Autobahnen. Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat wehrte sich gegen den Be-



schluss mit der Begründung, ein solches Tempolimit würde zu mehr Verkehr in den Wohngebieten führen. Außerdem werde ein reibungsloser Autobahn-Betrieb mit täglich 155000 Fahrzeugen gebraucht.

Der Nieder CDU-Mann Tobias Fechner fürchtet außerdem eine Zunahme von Unfällen mit Verletzten und Toten, sollte die Geschwindigkeit abrupt für einen Abschnitt gesenkt werden. „Wir sollten es ernst nehmen, wenn die Bürger sich über zu viel Lärm beklagen“, sagt hingegen Ellen Janik (Linke).

Auch eine noch so kleine Verringerung der Belastung sei ein Fortschritt, findet Birgit Puttenhöfer (SPD), die stellvertretende Ortsvorsteherin. Der Schwanheimer Sozialdemokrat Jürgen Storzmann fordert einen generellen Paradigmenwechsel: „Die Bedingungen für den Autoverkehr müssten verschlechtert werden.“

MANFRED BECHT